

Positionspapier der CDU-Fraktion Berlin

Leistung und Gerechtigkeit – Für eine starke Wirtschaft in Berlin

| | |
|---|--------------|
| Einleitung | S. 2 |
| Stärken Berlins nutzen | S. 4 |
| Aktive Industriepolitik - Offensive für Forschung und Innovation | S. 6 |
| Bildung als Basis für wirtschaftliches Wachstum | S. 9 |
| Wirtschafts- und Arbeitswelt sozial gestalten | S. 11 |
| Für eine optimale Ansiedlungspolitik | S. 12 |

Einleitung

Chancen- und Leistungsgerechtigkeit

Die CDU ist nie eine kapitalistische Partei, sondern immer die Partei der Sozialen Marktwirtschaft gewesen. Schließlich war es die Union, die beispielsweise Mitbestimmung, Betriebsverfassung, dynamische Rente, Sozialhilfegesetze, Erziehungs- und Familiengeld, Pflegeversicherung und Elterngeld geschaffen hat. Den Sozialstaat hat die CDU wesentlich mitgeschaffen. Es kommt jetzt darauf an, ihn unter veränderten Bedingungen – Globalisierung und demographische Lage – lebensfähig zu machen. Grundlage dafür ist eine starke Wirtschaft.

Wir müssen uns mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger und mit den Abstiegsängsten der Mittelschicht auseinandersetzen. Eine soziale Spaltung dürfen wir nicht zulassen! Der soziale Frieden in Deutschland hat immer auf einer starken Mittelschicht beruht.

Lafontaines Gerechtigkeitsbegriff ist falsch und irreführend: Die Menschen sind gleich und müssen das Gleiche bekommen. Wo das nicht geschieht, ist nur das System, nie der Einzelne verantwortlich. Er verspricht allen Alles. Uns dagegen geht es zunächst um Leistungsgerechtigkeit: Jemand, der arbeitet, muss mehr haben als einer, der nicht arbeitet. Es geht um Chancengerechtigkeit: Menschen aus den unteren sozialen Schichten müssen Aufstiegsmöglichkeiten haben. Da ist zum Beispiel der Handwerker oder der mittelständische Unternehmer, der hart arbeitet und dann überhöhte Steuern zahlen muss, von Abgaben und Bürokratie erdrückt wird. Er finanziert viele, die nicht arbeiten wollen. **Es gibt also vielfältige Gerechtigkeitsdefizite. Wir brauchen einen der Unterschiedlichkeit von Menschen angemessenen Gerechtigkeitsbegriff.**

Wir sollten die Gerechtigkeitsdefizite nicht leugnen, aber anders als die politische Konkurrenz, nicht demagogisch beantworten. Kinder- und Altersarmut, die schrumpfende Mittelschicht, die Abstiegsängste, die Frage des Schonvermögens bei Hartz IV, diese Themen dürfen wir nicht den Linken überlassen! **Wir sagen: Wer arbeitet muss mehr haben als der, der nicht arbeitet! Wer sein ganzes Leben lang hart gearbeitet hat, darf heute nicht auf Grundsicherung angewiesen sein! Wir wollen das Thema Gerechtigkeit nicht anderen überlassen. Es geht uns um Gerechtigkeit für die, die etwas leisten oder leisten wollen.**

Für uns gilt: Wirtschaft und wirtschaftspolitische Weichenstellungen sind kein Selbstzweck. Vielmehr dienen sie den Menschen, erhalten und schaffen neue Arbeitsplätze, Selbstwertgefühl und Lebensbasis. **Der wichtigste Schritt zur Gerechtigkeit bleibt „Arbeit für Alle!“.** Es ist deshalb ein großer Erfolg der von Angela Merkel geführten Bundesregierung, dass es heute 1,4 Millionen Arbeitsplätze mehr gibt als noch vor zwei Jahren. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres gab es laut Statistischem Bundesamt 686.000 Erwerbstätige mehr als im Vorjahreszeitraum. **Auch in Zukunft gilt der Grundsatz: Sozial ist, was Arbeit schafft. Allerdings gehört zu diesem Grundsatz auch: Wer arbeiten geht, muss in der Lage sein, sich und seine Familie zu ernähren.**

Insbesondere über das Steuerrecht können wir für die Normalverdiener mehr Gerechtigkeit herstellen. Arbeitnehmer und Mittelstand müssen unterm Strich mehr Netto vom Brutto rausbekommen. Die Sozialdemokraten propagieren die Umverteilung mit der so genannten „Reichensteuer“. Doch die Schwachen werden nicht dadurch gestärkt, dass man die Starken schwächt. **Armut können wir nur durch wirtschaftliches Wachstum bekämpfen.** Angesichts der zu erwartenden erheblichen Steuererhöhungen wird es jetzt - unter gleichzeitiger Beachtung des Ziels eines ausgeglichenen Bundeshaushalts - möglich, Arbeitnehmer und ihre Familien wirkungsvoll und nachhaltig zu entlasten – und dadurch gleichzeitig die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Die Vorschläge der CSU gehen in die richtige Richtung.

Internationale Ökosoziale Marktwirtschaft als Grundlage der Zukunftssicherung

Die Soziale Marktwirtschaft war über Jahrzehnte Garant für eine freiheitliche, gerechte und solidarische Gesellschaftsordnung. Sie ist nicht einfach ein Wirtschaftsmodell sondern ein

Gesellschaftsmodell. Aus gutem Grund haben wir in Deutschland keinen uneingeschränkten Kapitalismus. Die Soziale Marktwirtschaft gibt den Rahmen für das Wirtschaftsgeschehen durch das Setzen sozialer Standards vor. Als Folge der ökonomischen Globalisierung befindet sich das weltökonomische System in einem Prozess zunehmender Entfesselung und Entgrenzung. Die Ängste, die aus der Globalisierung erwachsen, dürfen nicht beiseite gedrückt werden. Wir müssen uns mit den Ängsten befassen aber auch herausarbeiten, wo die Chancen der Globalisierung liegen. Denn die Soziale Marktwirtschaft hat auch in Zeiten der Globalisierung in einem anderen institutionellen Rahmen -nämlich einem globalen Rahmen – eine Chance. Deshalb brauchen wir auch international mehr Transparenz und – vor dem Hintergrund des drohenden Klimawandels – eine ökologische Komponente. Das Modell einer **weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft** bietet die Chance für eine zukunftsfähige Balance, mit der Friedensfähigkeit und nachhaltige Entwicklung erreicht werden können.

Berlin im Vergleich – die Ausgangslage

Die skizzierten Grundsätze für Chancen- und Leistungsgerechtigkeit und die beschriebenen Ansätze einer internationalen Ökosozialen Marktwirtschaft gilt es auf die Berliner Politik zu übertragen. Nach langen Jahren im wirtschaftlichen Rückwärtsgang kann die Hauptstadt heute wieder wirtschaftliches Wachstum verzeichnen. Neue Arbeitsplätze entstehen. Jedoch liegt **Berlin** mit einem BIP-Wachstum von 1,7 Prozent 2007 und einer Wachstumsprognose von 1,3 Prozent für 2008 **nach wie vor deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt**. Im nationalen, im europäischen und erst recht im weltweiten Vergleich fällt Berlin weiter zurück. Damit geben wir uns nicht zufrieden. Das gilt insbesondere für die Arbeitslosenquote, die mit 15,4 Prozent im Jahresdurchschnitt 2007 nach wie vor auf einem alarmierenden Niveau verharrt. Zwar gab es im Januar 2008 in Berlin 10 Prozent Arbeitslose weniger als noch ein Jahr zuvor. Doch der Rückgang der Arbeitslosenquote war der geringste in ganz Deutschland. In Bayern gab es im gleichen Zeitraum 20,8 Prozent, in Baden-Württemberg 20 Prozent weniger Arbeitslose. Auch hier zeigt sich wieder einmal sehr deutlich: Wo die Union regiert geht es den Menschen besser. Die Rahmenbedingungen müssen wirtschaftsfreundlich gestaltet werden. Denn ein Großteil der Berliner Probleme sind vom amtierenden rot-roten Senat hausgemacht.

Berlin war in den vergangenen Jahren innerhalb der OECD (284 Regionen in 27 Ländern weltweit) die Region mit dem geringsten Wirtschaftswachstum (OECD, Mai 2007). So hat die deutsche Hauptstadt zwischen 1998 und 2003 (letzter Fünfjahreszeitraum mit vergleichbaren Daten) rund ein Siebtel ihres Anteils an der Gesamtwirtschaftsleistung der OECD eingebüßt. Aber: Im Vergleich zu anderen Regionen in der OECD hat Berlin gute Voraussetzungen für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Die Hauptstadt sollte sich stärker um die regionalen Ursachen ihrer Wachstumsschwäche kümmern und kann sich nicht darauf verlassen, dass es im gleichen Umfang wie der Bundesdurchschnitt von der derzeit guten Konjunktur in Deutschland profitiert. **Zudem weist die Studie der Hauptstadt den letzten Platz unter den Industrieregionen zu.**

Auch nach der umfangreichsten **kommunalen Vergleichsstudie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), der Wirtschaftswoche und der Kölner IW Consult GmbH** im vergangenen Jahr landet **Berlin auf den letzten Plätzen** - Platz 47 im Niveauranking, Platz 49 bei der Dynamik und Rang 49 beim Arbeitsmarkt. In keiner wichtigen Kategorie ist Berlin auch nur annähernd in der Spitzengruppe. Beim Wohlstand überrundet von Städten wie Hamm, Herne und Gelsenkirchen. Berlin hat die zweitschlechteste Sozialstruktur. Bezogen auf die Einwohnerzahl gibt es nur in Kassel und Halle mehr Arbeitslose- und Sozialhilfeempfänger und nur in Gelsenkirchen weniger Lehrstellen. Die Kaufkraft der Einwohner ist seit 1998 nirgendwo so drastisch gefallen wie in der Hauptstadt. Und nicht zuletzt im **Standortwettbewerb 2007 – einer Studie der Bertelsmann Stiftung – liegt Berlin in den Bereichen Einkommen, Beschäftigung und Sicherheit auf den letzten Plätzen.**

Unser Ziel ist es aber nicht, sich mit Hamm oder Gelsenkirchen zu vergleichen. Berlin gehört in die erste Liga – auf Augenhöhe mit den Metropolen der Welt. Berlin ist nicht schlecht, es wird nur schlecht regiert. **Die Potenziale Berlins** – die besondere Rolle als deutsche Bundeshauptstadt, die

zentrale Lage zwischen Ost- und Westeuropa, die hochkarätige Wissenslandschaft, eine dichte und gut funktionierende Infrastruktur, das reiche Angebot einer Kulturmetropole verbunden mit Kostenvorteilen für Arbeitnehmer und vor allem der Wille und das Können der Berliner – **müssen konsequent für die wirtschaftliche Entwicklung genutzt und weiterentwickelt werden.**

Wir setzen ambitionierte, aber realistische Ziele, die wir systematisch erschließen. Berlin braucht eine Wirtschaftspolitik die die vorhandenen Potenziale der Stadt erkennt und nutzt, den Mittelstand fördert, eine Industriepolitik aktiv unterstützt, Fachkräfte sichert und qualifiziert, endlich Unternehmensansiedlung und Bestandspflege als Arbeitsschwerpunkt der Verwaltung definiert und eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur vorhält.

Stärken Berlins nutzen

1. Berlin muss Zentrum für Osteuropazentralen der Großunternehmen werden

Große weltweit operierende Unternehmen suchen passende Standorte für ihre **europäischen Konzernzentralen von dem aus sie Mittel- und Osteuropa** erschließen können. Berlin muss erste Adresse für diese Unternehmen sein. Potenzielle **Interessenten müssen gezielt angesprochen und beworben werden.** Ansiedlungen – wie zuletzt Pfizer – dürfen nicht dem Zufall überlassen bleiben.

Gerade als Bundeshauptstadt mit Botschaften aus allen Ländern hat Berlin die besten Voraussetzungen, seine Standort-Qualitäten weltweit zu kommunizieren. **Botschaften müssen in die Standortbewertung und -werbung eingebunden werden.**

Der einmalige Standortvorteil, als Hauptstadt Deutschland Ort der friedlichen Revolution zu sein, verkümmert ungenutzt. Die Hauptstadtfunktion Berlins und ihre jüngere Geschichte prädestinieren unsere Stadt für europäische und internationale Einrichtungen. Berlin muss sich auch diesbezüglich um Ansiedlungen bemühen. **Ein Beispiel wäre das europaweite Forschungs- und Wissenschaftsnetzwerk „Europäisches Technologieinstitut (EIT).** Berlin muss sich frühzeitig und auf höchster Ebene dafür bewerben.

2. Wirtschaftsbrücken zu Wachstumsregionen der Welt/gemeinsame Repräsentanz bei der EU

Ein fester und dauerhafter Kontakt zu wirtschaftlich florierenden Regionen bringt Wachstum und schafft Arbeitsplätze. Osteuropa sowie China, Indien und der arabische Raum sind Boomregionen. Diese Boomregionen suchen in den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft weltweit Partner. Neben der Medien-, Kommunikations- und Kreativwirtschaft bilden Biotechnologie, Medizintechnik, Verkehrssystemtechnik dabei die Schwerpunkte und passen zu den Berliner Clustern Gesundheitswirtschaft und Verkehr. **Berlin muss diese Chance nutzen hier frühzeitig Brücken in die zentralen Boomregionen bauen. Alle internationalen Kontakte und Städtepartnerschaften sind zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes zu nutzen.**

Berlin und Brandenburg brauchen eine gemeinsame Repräsentanz bei der Europäischen Union in Brüssel. Gerade Berlin muss sich besser als bisher mit den europäischen Institutionen vernetzen. Denn in der Vergangenheit wurde allzu oft deutlich, dass die anderen Bundesländer weitaus effektiver auf der europäischen Ebene auftreten als die deutsche Hauptstadt. So trifft sich keine andere Landesregierung so selten mit Mitgliedern der Europäischen Kommission wie der rot-rote Senat. **Berlin muss den Informationsaustausch mit der Europäischen Union deshalb intensivieren und sollte sich an den erfolgreich vernetzten Ländern, beispielsweise Hamburg, orientieren.**

3. Berlin Büros in Boom-Regionen

Berlin soll nach dem Vorbild von Baden-Württemberg und Hamburg sogenannte „**Berlin-Büros**“ in **Boom-Regionen errichten. Aufgabe dieser Büros ist die gezielte Präsentation der Stadt als**

Wirtschafts- und Ansiedlungsstandort bei Unternehmen und Unternehmern vor Ort. Gleichzeitig steht das Berlin-Büro als Netzwerk-Anlaufstelle auch Berliner Unternehmen im Ausland hilfreich zur Seite. Eine solche Repräsentanz informiert über Möglichkeiten der Zusammenarbeit, unterstützt die Kontaktaufnahme und berät bei Verträgen, Standort- und Investitionsentscheidungen. Darüber hinaus soll das „Berlin-Büro“ Ansprechpartner für Berliner Mittelständler für die Erstberatung zur Verfügung stehen. Mitarbeiter des Berlin Büros haben die Aufgabe, branchenübergreifend erste Anfragen zu bearbeiten und individualisierte und konkrete Unterstützung für einen erfolgreichen Markteintritt zu leisten.

4. Internationale Wirtschaftsförderung – Berlin Botschafter

Zahlreiche **Persönlichkeiten im internationalen Wirtschaftsleben** haben eine „Stage Berlin“ in ihrem Lebenslauf. Sie **als Botschafter Berlins einzusetzen und sie als Wirtschaftspartner für Berlin zu gewinnen**, muss Baustein einer gezielten Ansiedlungswerbung sein.

Messeaktivitäten und Delegationsreisen Berliner Repräsentanten müssen systematisch in ein koordiniertes Netz der Wirtschaftsförderung eingebettet werden. Auslandsreisen Berliner Politiker müssen immer eine Gelegenheit sein, der Berliner Wirtschaft Türen zu öffnen. Sie müssen konsequent als Forum genutzt werden um für den Standort Berlin als Wirtschaftsstandort zu werben und Ansiedlungserfolge zu erzielen.

Praxisfälle belegen das erhebliche Reibungsverluste entstehen, wenn es um die konkrete Umsetzung von Ansiedlungsvorhaben und die damit verbundenen Alltagsfragen geht. Unternehmen brauchen rechtssichere Entscheidungen, schnelle und transparente Verfahrensabläufe, eine einheitliche Entscheidungspraxis und einheitliche Ansprechpartner. Eine klare Abstimmung und enge Kooperation aller Wirtschaftsförderungsinstitutionen – auch über Berlin hinaus in Kooperation mit dem Land Brandenburg – sowie deren Weiterentwicklung nach dem One-Stop-Agency-Prinzip ist für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins generell erforderlich – erst recht im Hinblick auf internationale Ansiedlungen. Das gilt bis hin zu Alltagsfragen (Schulfragen) für die mit ihrem Unternehmen nach Berlin siedelnden Familien. **Die Berlin-Botschafter können aus ihrem persönlichen Erfahrungsschatz und durch die Netzwerke in der Stadt für direkte Unterstützung sorgen und positiv auf die weichen Kriterien einer Standortentscheidung einwirken.**

5. Berlin muss an seinen Stärken arbeiten

Der Tourismus ist der boomende Wirtschaftsbereich in Berlin (Jahresumsatz 6 Mrd Euro). Und Berlin ist die Kulturmetropole Deutschlands. Einer der wichtigsten Kulturstandorte der Welt. Berlin muss sich mit seinem reichen Angebot noch profilierter als deutsche Kulturhauptstadt positionieren, u.a. durch die zügige Fortführung der Großprojekte **Museumsinsel und Humboldt-Forum sowie durch eine intensiviert gebündelte Vermarktung der Berliner Museen und der Berliner Orchester, Opern und Ausbildungsstätten als eines der wichtigsten Zentren der Musik** auf der Welt.

Stärker als bisher sind die Angebote des Berliner Sports in die Vermarktung für den Berlin-Tourismus einzubeziehen. Berlin hat über 70 Bundesligamannschaften. Bei den fünf großen Sportarten (Fußball, Handball, Eishockey, Basketball, Volleyball) ist Berlin an hervorragender Stelle vertreten. Großveranstaltungen wie der Berlin-Marathon und das Internationale Stadion Sportfest (ISTAF) üben eine große überregionale Anziehungskraft aus.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, dass die parallel existierenden Marketingkonzepte für Berlin aufeinander abgestimmt werden sowie das Land Brandenburg in eine sich weiterentwickelnde Marketingkonzeption mit einbezogen wird.

6. Mittelstand in Berlin fördern

Der Mittelstand stellt in Deutschland 70 Prozent der Arbeitsplätze, 80 Prozent der Ausbildungsplätze und erwirtschaftet 45 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Auch in Berlin ist die

mittelständische Wirtschaft das Rückgrat der Stadt. Denn 99 Prozent der Berliner Betriebe zählen zum Mittelstand (weniger als 250 Beschäftigte). In Berlin existieren nur 200 Unternehmen die mehr als 250 Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Kleine Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten machen mehr als 83 Prozent der mittelständischen Wirtschaft aus. Dennoch agiert der Senat konzeptionslos und unterstützt kleine- und mittelständische Unternehmen der Stadt nicht in ausreichendem Maße. **Es gilt wirtschafts- und beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen zu setzen, um die Wachstumschancen Berlins zu erhöhen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Alle Menschen müssen an diesen Wachstumschancen, an Wissen und Kapital teilhaben können. Wer hierfür die Bedingungen schafft, handelt sozial.**

7. Messe- und Kongressstandort nicht gefährden - ICC erhalten

Berlin liegt laut einer Erhebung auf dem zweiten Platz im internationalen Kongressgeschäft. Jedoch stellt die Entscheidungsunfähigkeit des amtierenden Senats über die Zukunft des ICC eine große Belastung dar. In diesem Entscheidungsvakuum droht die Zukunft des ICC zerredet zu werden. Die Messe Berlin braucht endlich Planungssicherheit. **Wir fordern die Sanierung des ICC sowie ein schlüssiges Gesamtkonzept für das Messegelände endlich vorzulegen.**

Berlin hat ein großes Innovationspotenzial mit dem es auf internationalen Messen werben muss. Die guten Verbindungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft müssen bei der Werbung um Investoren und Unternehmensansiedlungen viel mehr deutlich gemacht werden. Die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern sind Berlin diesbezüglich weit voraus, wie sich auf der weltgrößten Industrieschau in diesem Jahr in Hannover zeigte. **Berlin muss mit einem umfangreichen Landesstand bei Großmessen präsent sein, auf denen beispielsweise Hochschulen um Forschungsaufträge aus der Industrie werben.**

8. Länderfusion Berlin-Brandenburg

Die Regionen Berlin und Brandenburg sind eine Wirtschaftsregion. Die Verflechtung des Wirtschaftsraumes ist für die in der Region tätigen Unternehmen eine Selbstverständlichkeit. Rot-Rot hält es nicht für notwendig, den Menschen zu erklären, welche enormen Chancen eine Fusion der Länder Berlin und Brandenburg mit sich bringt. Gewinner einer Länderfusion wären die Bürger. Durch eine verbindliche Infrastrukturplanung und eine gemeinsame Wirtschaftsentwicklung entstünden in der Region zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze. **Wir fordern die Fusion Berlin-Brandenburg mit Engagement, Sachverstand und auch emotionaler Kraft voranzutreiben.**

Aktive Industriepolitik - Offensive für Forschung und Innovation

Berlin ist ein Paradox unter den Bundesländern: Mit einem Anteil von 4,25% des Berliner BIP's für die in der Stadt getätigten FuE-Ausgaben führt Berlin mit Abstand die Liste der Bundesländer an (Durchschnitt: 2,46%); das ‚Traumziel‘ der EU-Lissabon-Strategie (3,0 % des BIP) hat Berlin damit bei weitem überschritten. **Auf der anderen Seite ist Berlin eines der Bundesländer mit der geringsten Patentintensität, mit der höchsten Arbeitslosenquote, der geringste Exportrate.** In seiner Gründungsintensität in den Bereichen ‚Spitzentechnologie‘, ‚Höherwertige Technik‘ und – ganz deutlich ‚Verarbeitendes Gewerbe‘ liegt Berlin noch unter dem Durchschnitt der in der Regel innovationsschwachen ostdeutschen Bundesländer.

Das Industrie-Potential Berlins und der Berliner bleibt ungenutzt. Gleichzeitig suchen immer mehr Industriearbeiter und Facharbeitskräfte einen Arbeitsplatz in der Berliner Industrie. Eine aktive und zukunftsorientierte Industriepolitik muss deshalb **allen Formen industrieller Arbeit gerecht werden. Eine gute Industriepolitik muss leistungsgerecht und chancengerecht sein und darf keinen zu Verlierer machen.**

Berlin hat heute weniger als 100.000 Industriearbeitsplätze, die zwar wettbewerbsfähig, aber nicht ausreichend für eine 3,5 Millionen Stadt sind. Der rot-rote Abgesang der fortschreitenden Deindustrialisierung der Stadt und der daraus folgenden ausschließlichen Fokussierung auf Dienstleistungen war und ist ein schwerer strategischer Fehler. Eine Dienstleistungswirtschaft ohne die Nachfrage des produzierenden Gewerbes keine nennenswerten Perspektiven hat. Die verbliebene industrielle Substanz in Berlin muss jedoch aktiv gefördert werden, insbesondere weil Berlin trotz moderner Dienstleistung ohne die tragende Säule einer starken Industrie eben nicht funktioniert. **Notwendig ist eine Bestandsaufnahme der industriellen Entwicklung der vergangenen fünf Jahre, die Begründungen des im Bundesvergleich überdurchschnittlichen Arbeitsplatzabbaus und der unterdurchschnittlichen Produktivität liefert. Auf dieser Basis sind Entwicklungsstrategien zur Bestandssicherung, Weiterentwicklung und Neuansiedlung industrieller Unternehmen in Berlin zu erarbeiten.**

Berlin muss sich noch stärker auf seine Stärken und Potenziale besinnen. Eine unbestrittene Stärke Berlins ist seine herausragende Wissenschaftslandschaft, die künftig stärker für Wachstum und Beschäftigung genutzt werden muss.

1. Zusammenlegung von Wirtschafts- und Wissenschaftsbehörde:

Innovationsorientierte Wirtschaftspolitik setzt voraus, dass die politische Verantwortung für Wirtschaft und Wissenschaft in eine Hand gelegt wird. Reibungsverluste, die häufig aus Ressortegoismen resultieren, können dadurch am besten verhindert werden. Andere Bundesländer, wie z.B. Schleswig-Holstein, haben mit einer solchen Zusammenlegung gute Erfahrungen gemacht. **Daher sollten die Abteilungen 4 (Hochschulen) und 5 (Forschung) der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung in die Wirtschaftsbehörde integriert werden.**

2. Weiterentwicklung des Technologie- und Innovationsrates:

Der Technologie- und Innovationsrat (TIR), bestehend aus Vertretern von Wirtschaft und Wissenschaft, ist im Jahr 2000 zur fachlichen Beratung des Regierenden Bürgermeisters eingerichtet worden. Der TIR sollte zu einem Strategieforum für Wissenschaft, Forschung und Innovation erweitert und **als beratendes Gremium dem Wirtschafts- und Wissenschaftssenator zugeordnet werden.** Der TIR sollte neben seinen bisherigen Aufgaben als Berliner Hochschulrat fungieren und damit betraut werden, ein **Gesamtkonzept zur Förderung von Forschung und Innovation sowie zur besseren Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft zu entwickeln und dessen Implementierung regelmäßig zu evaluieren.** Dabei sollten Leitlinien entwickelt werden, **wie der Wirtschaftsstandort Berlin in wichtigen Schlüsseltechnologien und innovativen Branchen wettbewerbsfähig wird und das gesamte Potenzial der Wissenschaft besser genutzt werden kann.** Ferner sollte ein **Konzept für die internationale Vermarktung des Wissenschaftsmarktes Berlin** entwickeln werden.

3. Neue Industriepolitik: schwarze Zahlen mit grünen Produkten

Der Senat verkennt und ignoriert die Zukunftschancen, die Schlüsseltechnologien wie beispielsweise die Solarenergietechnik und regenerative Energien bieten. Das Land Brandenburg hat die Potenziale dieser Wachstumsbranchen für Wachstum und Beschäftigung erkannt und hat sich zum Kompetenzland für regenerative Energien entwickelt. **Berlin muss Hauptstadt regenerativer Energien werden und so das Wachstumspotenzial dieser Branchen auch für Berliner Arbeitskräfte nutzbar machen.**

4. Wirtschaftsförderung für Forschung und Innovation

Die Wirtschaftsförderung sollte in stärkerem Maße auf Forschung und Innovation ausgerichtet werden. Förderprogramme sollten auch darauf ausgerichtet werden, Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern. **Ein besonderer Schwerpunkt sollte dabei auf Biotechnologie und Medizintechnik sowie auf den Technologietransfer in mittelständische Unternehmen gelegt werden.** **Technologiestandorte wie beispielsweise Berlin-Buch oder Berlin-Adlershof zeigen exemplarisch, wie Wissenschaft und Unternehmen im Bereich der**

Gesundheitswirtschaft erfolgreich zusammenarbeiten. Berlin muss das in der Forschung geschaffene Wissen kompetent, attraktiv und übersichtlich aufbereiten und geeignet vermarkten.

5. Innovationsgipfel

Ein international ausgerichteter Innovationsgipfel bringt Akteure von Wirtschaft und Wissenschaft in Berlin zusammen mit dem Ziel, den Wissenschaftsstandort bekannt zu machen sowie Kooperationsverhältnisse und Unternehmensansiedlungen zu vermitteln. Ein solcher Innovationsgipfel sollte regelmäßig stattfinden. **Die Messe Berlin ist aufgefordert, in der Stadt eine Industriemesse als Fachmesse und Treffpunkt von internationaler Wirtschaft und Berliner Wissenschaft zu etablieren.**

6. Ausgründungsinitiative starten

Die vorhandenen Anreizsysteme zur Förderung von Gründungsaktivitäten an Hochschulen reichen noch nicht aus. Um eine Abwanderung vieler Absolventen in die wirtschaftsstarken Ballungszentren Westdeutschlands zu verhindern muss **Berlin eine neue Gründungskultur in den Wissenschaftseinrichtungen entwickeln.** Im Rahmen einer Ausgründungsinitiative sollten folgende Maßnahmen getroffen werden:

- **Ausrichtung der technischen Studiengänge auf Erfordernisse der betrieblichen Praxis:** Insbesondere in den technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen sollte ein fundiertes betriebswirtschaftliches Wissen vermittelt werden. Ferner sollte ein regelmäßiger internationaler Erfahrungsaustausch durch Konferenzen oder Workshops mit Universitäten entwickelt werden, die erfolgreiche Ausgründungsmodelle praktizieren.
- **Gründungsberatung bündeln und optimieren:** Einzelne Ausgründungsberatungen der Hochschulen müssen zu einer einzigen Ausgründungsberatungsagentur zusammengefasst werden. Wissenschaftler, die an marktfähigen Projekten arbeiten, brauchen von Anfang an einen festen Ansprechpartner in der Beratung. Ein Monitoring der Ausgründungen ist dabei unerlässlich die Ansätze zur Verbesserung von Gründungspolitik im Sinne von „best-practice“ Aufschluss gibt. Die Ausgründungsberatung und –förderung ist regelmäßig fortzuentwickeln.
- **Finanzierung von Ausgründungen sicherstellen – Förderung für Arbeitsplatzschaffer:** Bestehende öffentliche Förderprogramme müssen stärker die Gründungsintensität in Berlin fördern. Innovative Unternehmen brauchen Risikokapital. Die Investitionsbank Berlin sollte prüfen, ob ihre Förderung stärker auf Risikokapital konzentriert und ihr Venture Capital Fonds finanziell aufgestockt werden kann. Zudem soll ein Anreizsystem für Arbeitsplatzschaffer entwickelt werden. Wenn durch Unternehmensgründungen dauerhaft unbefristete Arbeitsplätze insbesondere für Langzeitarbeitslose oder schwer vermittelbare Schulabgänger neu entstehen sollten diese durch das Land Berlin eine separate Förderung erhalten.
- **Beratung durch erfahrende Unternehmer vermitteln:** Erfahrene Unternehmer („business angels“) wurden bislang für Patenschaften und für die fachliche Begleitung von Ausgründungen nicht in ausreichendem Maße gewonnen. Dieses Potenzial gilt es daher besser zu nutzen. Neben der Investitionsbank Berlin könnten die Wirtschaftsverbände hier vermittelnd tätig werden.

7. Technologietransfer verbessern

Ein stärkerer Austausch von Ressourcen und Kapazitäten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft trägt zu einer Annäherung zwischen beiden Bereichen bei und hilft Kosten einzusparen. Dies betrifft die gemeinsame Nutzung von Forschungsinfrastruktur aber vor allem auch den Austausch von Personal. Folgende Maßnahmen sollten eingeführt werden:

- **Austausch von Personal zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ausbauen**
Wissenschaftler sollten eine Zeit in regionalen Unternehmen und Mitarbeiter von Unternehmen in Wissenschaftseinrichtungen verbringen um gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufzubauen und gemeinsame Forschungsinhalte zu definieren. Ein ähnliches Personalaustauschprogramm muss zwischen Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung initiiert werden.
- **Austausch von Wissen und Potenzialen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft**
Wissenschaftseinrichtungen halten oft modernste Forschungsinfrastruktur vor, die sich regionale technologieorientierte Unternehmen nicht leisten können. Es sollten daher regionale Projekte durchgeführt werden, in deren Rahmen regionale Unternehmen diese Infrastruktur nutzen können. Eine Verbesserung der Zusammenarbeit könnte dadurch bewerkstelligt werden, dass Unternehmen sich an den Kosten der Hochschulforschung beteiligen, die ihrerseits stärker auf unternehmerische Bedürfnisse ausgerichtet wird. Mit der 2007 durch die Bundesregierung eingeführten Forschungsprämie ist ein wichtiges Instrument zur Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft eingeführt worden. Wir fordern zur Ergänzung und Verstärkung eine Forschungsprämie auf Landesebene, die die Berliner Besonderheiten stärker berücksichtigen soll.
- **Optimierung der Patentverwertung**
Im Rahmen der seit Anfang 2008 laufenden Förderphase III der Verwertungsoffensive des Bundes werden Hochschulen gefördert, die ein Konzept zur Weiterentwicklung ihres Patent- und Verwertungswesens erstellen. Das Konzept der Patent- und Verwertungsagentur Berlin ist daher entsprechend den Förderkriterien zu überprüfen und ggf. zu optimieren. Insbesondere sollte dabei eine stärkere Zusammenarbeit mit KMU sowie eine engere Koordinierung der Patentverwertung mit Brandenburg angestrebt werden.

Bildung als Basis für wirtschaftliches Wachstum

Bildung von Anfang an

Wirtschaftskraft und Wirtschaftswachstum sind heute insbesondere in den modernen Industrieländern untrennbar mit Bildung und Wissen verbunden. Diese Entwicklung stellt die Menschen vor neue Herausforderungen. Damit sie mit dieser Entwicklung Schritt halten können, müssen Voraussetzungen in Familie, Kita, Schule, Ausbildung und Beruf geschaffen werden, damit sie einen Platz in dieser Wissensgesellschaft finden. Ihr persönlicher und beruflicher Erfolg hängt entscheidend davon ab, ob und wie ihre Talente und Begabungen von Anfang an gefördert und Kompetenzen entwickelt werden. **Deshalb ist der unkomplizierte Zugang zu Bildung und Wissen ein entscheidender Beitrag für Chancengerechtigkeit und gegen Armut und Ausgrenzung.**

Bildung muss bereits im frühen Kindesalter beginnen, in der Schule fortgesetzt und vor allem in einer verbesserten Ausbildungsfähigkeit münden, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Diese entstehen vor allem durch die schnelle Entwicklung neuer zukunftssträchtigen Beschäftigungsfelder. **So machen auszubildende Betriebe oft die Erfahrung, dass die Gesamtstruktur der Ausbildung sowie der Ausbildungsprofile hinter den neuen Gegebenheiten und vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung zurückbleiben.** Das duale System bedarf also ebenso der Flexibilisierung und Anpassung wie die Aus- und Weiterbildung der Berufsschullehrer einschließlich einer bedarfsgerechten Ausstattung der Beruflichen Schulen mit Lehrkräften und Sachmitteln.

Insbesondere die **Fachkräftesicherung** wird angesichts des demographischen Wandels ein Zukunftsthema werden, da einerseits mit einer steigenden Nachfrage an Fachkräften mit Berufsabschluss und Hochschulabschluss und andererseits mit einem sich immer **deutlicher**

abzeichnenden Fachkräftemangel zu rechnen ist. Daher sollte bereits an den Schulen frühzeitig durch Praktika, Arbeits- und Projektgemeinschaften verstärkt das Interesse der Schüler für technische Berufe und Studiengänge geweckt werden. Ebenso müssen die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Berlin in der Weiterbildung in ihrem jeweiligen Spezialgebiet ihren Beitrag leisten. Gleichzeitig ist es unerlässlich auch für Fachkräfte ohne Hochschulabschluss Perspektiven aufzuzeigen und Angebote für Facharbeiter im industriellen Bereich zu schaffen.

Daher muss

- das **Wissen über Berufe, Arbeit und Wirtschaft in den Stundenplan** der allgemein bildenden Schulen gehören;
- die **Berufsorientierung in allen Schulen** mehr Gewicht erhalten;
- der Übergang zwischen Schule und Ausbildung besser gestaltet werden, indem Schüler **frühzeitig im Rahmen einer Projektschule mit internationalem Zuschnitt und europäischen Programmen Einblicke in die Berufswelt** erhalten. Hierzu sind vorhandene Kooperationen mit Berliner Unternehmen zu intensivieren und neue aufzubauen;
- die enge Bindung zwischen Schülern und Studierenden und den Unternehmen in der Region durch eine intensivere **Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Hochschulen und Schulen im Rahmen von Praktika, Werk- und Studienarbeiten** unterstützt werden. Ziel muss sein, dass Schüler und Studenten den **Lernort Berlin** in stärkerem Maße **auch als Arbeitsort** und Ort ihrer eigenen **beruflichen Zukunft** sehen und in der Region bleiben;
- die neue „nationale Qualifizierungsoffensive“ der Bundesregierung für die Region besser genutzt werden;
- die Möglichkeit für **Beschäftigte ohne Abitur berufsbegleitend zu studieren** und die vereinfachte Zulassung ausländischer Fachkräfte zum deutschen Arbeitsmarkt durch Listenzulassung für bestimmte Berufsgruppen oder Wirtschaftszweige ohne Einzelprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit erleichtert werden.

Berlin muss Region des lebenslangen Lernens werden

Die meisten Menschen kennen wohl den Wert des Wissens, aber nicht den Wert des Lernens. Das zeigt allein die Tatsache, dass statistisch gesehen jeder zweite Arbeitslose in Berlin ohne einen ordentlichen Berufsabschluss ist. Es muss deshalb das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass mit der Beendigung der Schule bzw. mit dem Erlernen eines Berufes das Lernen nicht abgeschlossen sondern entsprechend den schnellen und tiefgreifenden Veränderungen in Wissenschaft, Forschung, Gesellschaft und Arbeitswelt ein lebenslanges Lernen geboten ist. **Dabei ist lebenslanges Lernen als ein ganzheitliches Lernen zu begreifen.** Es schließt alle Lebensbereiche ein und vernetzt die allgemeine mit der beruflichen und die schulische mit der außerschulischen Bildung. Es umfasst junge wie auch alte Menschen, Berufstätige wie Studierende, qualifizierte und weniger qualifizierte Menschen. Lebenslanges Lernen öffnet Türen zur persönlichen und beruflichen Entwicklung und hilft kritische Lebenssituationen besser zu meistern. **Das Erwerben von Bildung ist letztlich die Grundlage, um Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung zu überwinden.**

Darum muss

- die individuelle **Selbstlernfähigkeit** und **Selbstorganisationsfähigkeit** bereits im **Kindesalter** entwickelt werden;
- die Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit mittels beruflicher Bildung erfolgen durch **wirtschaftsnahe Qualifizierung, durch individuell angemessene und aktivierende Maßnahmen sowie durch Sprach- und Medienkompetenz.**

In der **beruflichen Bildung** ist dabei von zwei grundlegenden Ansätzen auszugehen :

1. Gering qualifizierten Arbeitskräften müssen grundlegende Kenntnisse vermittelt werden, um ihnen bei der abnehmenden Anzahl von Arbeitsplätzen für Un- und Angelernte überhaupt eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen.
2. Fachlich gut ausgebildete Arbeitskräfte müssen betriebsspezifische und innovative Spezialkenntnisse vermittelt werden. Dazu gehören vor allem folgende Zielrichtungen:
 - Horizontale Erweiterung der Qualifikation (Erwerb von fachlichen Kompetenzen aus benachbarten Bereichen),
 - Spezialisierung der angestammten Tätigkeiten,
 - Qualifizierung für neue Tätigkeitsfelder,
 - Entwicklung von überfachlichen Kompetenzen.

Deshalb sind unbedingt folgende Forderungen umzusetzen:

- Bessere Abstimmung der **Angebote der beruflichen Weiterbildung** und Umschulung auf die **künftige Wirtschaftsstruktur** in Berlin,
- Weiterbildungsangebote für **Frauen und Männer mit Familienpflichten**,
- Qualifizierungsmaßnahmen, die das berufliche Spektrum von **Mädchen und Frauen** erweitern;
- Entwicklung spezieller Angebote für Problemgruppen des Arbeitsmarktes insbesondere zur **nachhaltigen Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen. Teure Experimente wie einen flächendeckenden Öffentlichen Beschäftigungssektor lehnen wir ab.**

Wirtschafts- und Arbeitswelt sozial gestalten

Wirtschaft und Arbeitsmarkt waren für die CDU nie Selbstzweck. Sie sind nach unserer Auffassung in gesellschaftliche Bezüge und in ein ethisch-moralisches Wertesystem eingebunden, dessen Grundlage das christliche Menschenbild ist. Diesem fühlt sich die CDU nach wie vor verpflichtet. Deshalb treten wir für soziale Verantwortung gegenüber dem Nächsten, für Freiheit und Würde des Einzelnen, für das Sinnstiftende der Arbeit, für die Erhaltung der Schöpfung und für Gerechtigkeit ein. **Wirtschaftliches Wachstum muss nach unserer Überzeugung letztendlich den Menschen dienen und nicht umgekehrt.**

Die Berücksichtigung dieser Grundsätze in der Wirtschafts- und Arbeitswelt werden um so wichtiger für die Bürger je mehr sich ihnen Transparenz und Übersichtlichkeit gesellschaftlicher und politischer Vorgänge vor dem Hintergrund der Globalisierung entziehen. **Es ist deshalb von grundlegender Bedeutung für die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland, die gesellschaftlichen Entwicklungen immer wieder an den Prinzipien des Sozialstaates neu zu justieren, um das Vertrauen in die Demokratie und die freiheitliche Grundordnung zu stärken.** Denn nur unter den Bedingungen der Sozialen Marktwirtschaft kann Unternehmertum gedeihen, das nicht allein von Profitgier getrieben wird und Chancengerechtigkeit und Teilhabe am Wohlstand für die Bürgerinnen und Bürger ermöglicht .

Um so erfreulicher ist es, dass sich immer mehr Unternehmen ganz bewusst als Partner des Sozialstaates bekennen und sich unter dem **Kontext Corporate Social Responsibility – CSR** - zu Worte melden. Sie wissen, verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln ist immer wertgebunden und braucht das Zusammenspiel von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gerade in einer Zeit, wo

durch den weltweiten wirtschaftlichen Wandel, durch Arbeitsmarktreformen und ökologische Krisen die Menschen um Sicherheit und Zukunftsperspektiven bangen.

Auch die Berliner CDU sieht diese Probleme und konzentriert sich deshalb in ihrer politischen Arbeit insbesondere auf

- die Verminderung des Armutsrisikos durch **Beschäftigungssicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze** sowie **Ächtung sittenwidriger Löhne**;
- die **Optimierung der Arbeitsmarktreformen**;
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen und Verbesserung der beruflichen Bildung und Weiterbildung;
- die Humanisierung der Arbeitswelt durch mehr **Familienfreundlichkeit, Kinderbetreuungsmöglichkeiten und innovative Arbeitszeitmodelle**. Denn insbesondere die temporäre Pause von gut ausgebildeten und hoch qualifizierten Frauen bedeuten oft einen großen Verlust für Unternehmen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der wichtigsten Voraussetzungen um die Arbeitswelt sozial zu gestalten. Dafür sollten Unternehmen mehr Unterstützung erfahren und gefördert werden;
- Wahrung von Arbeitnehmerrechten und Tarifautonomie,

Das alles kann natürlich nur erreicht werden durch die Stärkung der Berliner Wirtschaft und des Berliner Arbeitsmarktes sowie auf der Grundlage einer guten Zusammenarbeit aller verantwortlichen Akteure. **Soziale Wohltaten können nur dann ausgereicht werden, wenn die notwendige Basis dafür vorhanden ist.**

Für eine optimale Ansiedlungspolitik

1. Wirtschaftsfreundlichkeit hat oberste Priorität

Umfragen unter Unternehmen bescheinigen Berliner Behörden regelmäßig mangelnde Wirtschaftsfreundlichkeit. Der Umgang des Senates mit Investoren wie z.B. den Interessenten für den Flughafen Tempelhof ist ein markanter Beleg, dass auch auf politischer Ebene Wirtschaftsfreundlichkeit nicht groß geschrieben wird. Bemerkenswert ist, dass wirtschaftlich erfolgreiche Städte wie Stuttgart, Frankfurt und München bei diesen Umfragen regelmäßig Bestnoten erhalten. **Wirtschaftsfreundlichkeit muss daher künftig auch in allen Berliner Behörden oberste Priorität haben. Kompetente Beratung muss sichergestellt werden. Strategisches Ziel ist, dass Berlin künftig in den genannten Umfragen einen Spitzenplatz einnimmt.** Hierzu sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- **Einsetzung einer Taskforce**
Einsetzung einer **Taskforce** aus Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung und Vertretern der Wirtschaft, die eine **Bestandsaufnahme über die Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung durchführt, insbesondere bei der Betreuung von Investitionsvorhaben**. Die **Taskforce** sollte nach sechs Monaten einen **Bericht** über die Ursachen für das bisher schlechte Abschneiden Berlins bei den Umfragen vorlegen und **Verbesserungsvorschläge** unterbreiten. Ferner sollten im Rahmen eines best **practice-Verfahrens** die **Erfolge anderer Städte** bei der Wirtschaftsansiedlung analysiert und **für Berlin nutzbar gemacht werden**.
- **Ansiedlungsstaatssekretär und Investorenlotsen**
Ansiedlungspolitik muss ein neuer Schwerpunkt in der Berliner Verwaltung werden. Das Engagement des amtierenden Senats bei der Anwerbung von Investoren ist völlig unzureichend. Berlin muss sich im besonderen Maße um Investoren, Neuansiedlungen und Existenzgründer bemühen. Dies darf nicht allein Aufgabe der Berlin Partner GmbH sein, sondern muss politisch von höchster Stelle unterstützt werden, was derzeit in keiner Weise der Fall ist. Die Kompetenzen für Ansiedlungen, Bestandspflege, Innovations- und

Technologieförderung, Exportunterstützung, Existenzgründungsförderung und Standortmarketing müssen daher auch zur politischen Chefsache gemacht werden. **Wir fordern daher einen Ansiedlungsstaatssekretär beim Regierenden Bürgermeister und Investorenlotsen in den Bezirken, die hauptverantwortlich Unternehmensansiedlungen akquirieren und große Investitionsvorhaben in Berlin verwaltungsübergreifend betreuen sowie kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und zu erweitern.**

Dazu gehört die Entwicklung eines Bestandspflegekonzeptes mit dem Ziel, den selbsttragenden Bestand an Unternehmen in der Region zu sichern. Bestandspflege ist keine Reparaturbetrieb. Deshalb müssen Maßnahmen und Instrumente einer **präventiven Bestandspflege** (Kontakte und Beratung von Unternehmen, Finanzielle Förderung VC, wirtschaftsfreundliche Verwaltung, Standortmarketing, Netzwerke etc.) **dezentral organisiert** und **vor Ort** den Unternehmen angeboten werden. Dazu bedarf es eines breiten Sets an unterschiedlichen Angeboten sowie öffentlichen und privaten Akteuren die in die Bestandspflege mit eingebunden werden. **(Key-Account-Management/Bestands-Management-Center)**. Zur besseren Effizienz und zur höheren Effektivität der Bestandspflege bedarf es einer besseren Abstimmung und Verzahnung der Maßnahmen auf Landesebene und den Aktivitäten der Akteure auf bezirklicher Ebene. Um eine präventive Bestandspflege auch sinnvoll zu betreiben müssen **Instrumente des Controllings und der laufenden Evaluierung entwickelt werden.** Viele Bezirke verfügen über **leistungsfähige IuK-Lösungen, die in eine effiziente Bestandspflege integriert werden sollten.** Darüber hinaus könnten auch Maßnahmen der Bestandspflege mit angrenzenden Landkreisen und Kommunen in Brandenburg festgelegt werden, um Synergieeffekte zu nutzen.

Um den Bezirken einen **Anreiz zu mehr ansiedlungsorientierter Wirtschaftspolitik** zu verschaffen erhält jeder Bezirk für neu angemeldete Unternehmen nach einem Jahr ermittelter Umsätze und Roherträge eine **bestimmte Prämie.** Diese kann monetärer oder nicht-monetärer Art sein und bemisst sich an der Anzahl der Beschäftigten des neu angemeldeten Unternehmens.

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie müssen die Verwaltungen bis Ende 2009 einen sog. „einheitlichen Ansprechpartner“ für Dienstleistungserbringer einrichten. Dieser soll ermöglichen, dass alle Formalitäten und administrativen Erfordernisse über eine Kontaktstelle abgewickelt werden können. **Wir fordern, dass künftig in Berlin nicht nur für Dienstleister, sondern für alle Gewerbetreibende und ansiedlungswillige Unternehmen ein einheitlicher Ansprechpartner in der jeweiligen Ansiedlungsverwaltung zur Verfügung steht im Sinne einer „echten One-Stop-Agency“.** Eine ambitionierte Landes-Politik nimmt die EU-Vorgaben vorweg und macht die deutsche Bundeshauptstadt zum Vorreiter. **Die Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft sollten in die Umsetzung unbedingt einbezogen werden.**

Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung eines jährlich stattfindenden **Neuansiedlertags** auf Einladung des **Ansiedlungssenators.**

2. Bürokratiekosten senken - Organisation eines Bürokratie-TÜV und eines Normenkontrollrats

Unternehmerisches Handeln braucht Freiräume. Wir wollen deshalb eine ehrgeizige Initiative für Deregulierung und Bürokratieabbau. **Die Überprüfung der Notwendigkeit von Gesetzen, Verordnungen und den entsprechenden Verwaltungsvorschriften muss zu einer permanenten Aufgabe von Verwaltung und Politik werden.**

Dieser „Bürokratie-TÜV“ sollte als Verwaltungsaufgabe durch eine unabhängige und damit unbefangene Institution durchgeführt werden. Dabei ist gleichermaßen betriebswirtschaftlicher, juristischer und verwaltungspraktischer Sachverstand einzubeziehen, um keine kontraproduktiven

Ergebnisse zu erzielen. Da Entbürokratisierung wesentlich für die wirtschaftliche Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch die Verwaltung ist, ist es sachgerecht, eine solche Instanz dem Rechnungshof zuzuordnen. Der Rechnungshof sollte bei dieser Aufgabe durch den Normenkontrollrat aus Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik effektiver als bisher unterstützt werden. Der Normenkontrollrat soll bestehende Gesetze auf ggf. vorhandene restriktive Wirkungen bzw. Kostenfolgen für die Wirtschaft untersuchen und Änderungsvorschläge unterbreiten sowie schon im Gesetzgebungsprozess ggf. neue Bürokratielasten ausschalten.

Ziel ist es, die Bürokratiekosten für die Unternehmen, insbesondere die mittelständische Wirtschaft innerhalb der nächsten Legislaturperiode um netto 25 % zu senken.

3. E-Government ausbauen

Der Zugang zu Behörden über den PC ermöglicht ein 24 Stunden-Angebot von Verfahren und Formularen. Zeitraubende Behördengänge entfallen. Gerade mittelständische Unternehmen brauchen rasch und zuverlässig Zugang zur Verwaltung. Die Verwaltung wiederum hat durch moderne Verfahren ebenfalls erhebliche Kostenersparnisse. **Von 2010 an werden öffentliche Dienstleistungs-Ausschreibungen nur noch in digitaler Form wahrgenommen.** Berlin sollte die Chance nun nutzen und die notwendigen Schritte für ein effizientes E-Government jetzt einleiten.

4. Staatssektor verkleinern

Berlin benötigt eine umfassende **Aufgabenkritik**, mit der die hoheitlichen Tätigkeiten der Berliner Verwaltung auf den Prüfstand gestellt werden: **Was soll Berlin mit seiner eigenen Verwaltung leisten, was können private Unternehmen und bürgerschaftliches Engagement genauso gut leisten?** Dort, wo privatwirtschaftliches Engagement eine bisher öffentlich erbrachte Leistung im Wettbewerb mindestens genauso effizient erbringen kann, ist die Grenze für eigenes wirtschaftliches Handeln der öffentlichen Hand zu ziehen. Dies bedeutet eine Änderung von § 65 I Nr 1. LHO Berlin in dem Sinne, dass privaten Unternehmen in der Regel der Vorzug einzuräumen ist. Auslagerungen und Outsourcingmodelle eröffnen Geschäftsfelder für Berliner Unternehmen und sind die beste Vorkehrung für eine effiziente Bereitstellung von Gütern und Leistungen auch der Daseinsvorsorge. Formalrechtliche Privatisierungen reichen nicht aus; die ausgelagerten Aufgaben müssen unter privatwirtschaftlichem Risiko im Wettbewerb erfüllt werden.

5. Forderungsausfälle minimieren

Die Berliner Wirtschaft leidet in besonderem Maße unter der schlechten Zahlungsmoral öffentlicher und privater Schuldner. Der schlechten Zahlungsmoral der öffentlichen Hand ist unverzüglich durch eine verbesserte Organisation der Arbeitsprozesse bei der Begleichung von Verbindlichkeiten zu begegnen. Zur Herstellung einer verbesserten Zahlungsmoral im privaten Sektor müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Gläubiger ihre Forderungen innerhalb kürzester Fristen gerichtlich durchsetzen und vollstrecken lassen können. Dazu sind ggf. die notwendigen personellen Ressourcen der bei der Gerichtsbarkeit zu schaffen.

6. Öffentlich-Private Partnerschaften fördern

Staatliche Aufgaben müssen nicht zwingend vom Staat erfüllt werden. **Innovative Kooperationsformen zwischen Staat und Wirtschaft (Öffentlich-Private Partnerschaften, ÖPP) eröffnen Handlungsspielräume nicht nur für den privaten Sektor, sondern auch für den Staat.** Bei der Auswahl von Pilotprojekten sollten erfolgreiche - und mittelstandsgerechte - Modelle anderer Städte systematisch analysiert und nach Möglichkeit übernommen werden. Auch hier gilt; Privatisierung schafft mehr Kosteneffizienz, unterstützt die Haushaltskonsolidierung und eröffnet neue Chancen für die Privatwirtschaft. Bei der Realisierung solcher ÖPP-Projekte ist besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass sie mittelstandsgerecht ausgestaltet werden.

7. Intakte und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur

Wir wollen eine mobile Stadt, denn Mobilität ist die Grundbedingung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Voraussetzung dafür ist eine intakte und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sowohl im Schienennetz für den ÖPNV als auch im Straßennetz für den Individual- und vor allem für den Wirtschaftsverkehr.

Die derzeitige Politik des rot-roten Senat ist insbesondere dadurch gekennzeichnet, dass immer **neue Belastungen, wie zuletzt durch die Einführung der Umweltzone, für die Verkehrsteilnehmer** geschaffen werden. Notwendige Sanierungen des teilweise maroden Straßennetzes bleiben aus, stattdessen werden mehr und mehr **Tempo 30 Geschwindigkeitsbeschränkungen** auf Hauptverkehrsstraßen eingerichtet und **behindern** damit nicht nur den Individualverkehr, den öffentlichen Personennahverkehr sondern auch den **Wirtschaftsverkehr**. Berlin ist einer internationalen Studie zufolge nach London die Hauptstadt Europas mit der zweitniedrigsten Reisegeschwindigkeit.

8. Großflughafen BBI als wichtigstes Infrastrukturprojekt – Jobmotor vorantreiben

Verkehrspolitische Entscheidungen haben Langzeitwirkung. Deshalb muss das wichtigste Infrastrukturprojekt für die gesamte Region in den nächsten Jahren, nämlich **der Ausbau des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI), konsequent voran getrieben werden**. Es ist unbedingt erforderlich, dass der Flughafen mit Inbetriebnahme eine **optimale Einbindung in das Schienenverkehrsnetz erhält**. Dies kann nur durch eine Verbindung über die noch auszubauende **Dresdner Bahn** in Tunnellage geschehen. Eine optimale Anbindung an Berlin sichert die Entwicklung von BBI als Jobmotor und sichert die Ansiedlung von Investoren rund um den Flughafen. Es gilt nun, die Interessen Berlins im Rahmen der Vereinbarung über das Gemeinsame Strukturkonzept für das Umfeld des Flughafen BBI entsprechend durchzusetzen, damit gerade Berliner Unternehmen von der wirtschaftlichen Entwicklung im näheren Umfeld des Flughafens besonders profitieren. Der Flughafen Tempelhof muss mindestens bis zur endgültigen Eröffnung von BBI offen bleiben.

9. Straßen- und Schienennetz ertüchtigen

Das vorhandene Straßennetz darf nicht weiter vernachlässigt werden. Deshalb fordern wir, **mehr Investitionen zum Erhalt der vorhandenen Straßeninfrastruktur**. Dafür sind folgende Projekte wie der **Ausbau innerer Ring im Bereich Invaliden/ Bernauer Straße**, die **Steigerung der Leistungsfähigkeit im Straßenzug Gitschiner Str./Skalitzer Str./Warschauer Str.** die **Tangentialverbindung Ost (TVO)**, die **Verlängerung der A 100 bis zur Frankfurter Allee** sowie die **Durchbindung der Französischen Straße** zu realisieren:

Auch bei der **Anbindung des Berliner Hauptbahnhofes in die verkehrliche Infrastruktur gibt es noch große Defizite**. Der langfristige wirtschaftliche Erfolg des neuen Hauptbahnhofs wird auch davon abhängen, wie schnell und bequem die Nutzer ihn erreichen. Deshalb fordern wir **die schnellstmögliche Eröffnung der U 55 sowie den zügigen Lückenschluss zur U5 am Alexanderplatz, eine zeitnahe Anbindung an den S-Bahn Nordring (S21), ein kundenfreundliches Gesamtkonzept zur Regelung des ruhenden und fließenden Verkehrs im näheren Umfeld**.

Weiterhin müssen die **Schienenverbindungen nach Osteuropa ertüchtigt werden, um den Standortvorteil im europäischen Schienennetz als Drehscheibe für Transitverkehre** von und nach Osteuropa zu nutzen.

Nicht zuletzt ist auch das **Projekt 17 (Deutsche Einheit, Wasserstraßenausbau) für die Entwicklung der Berliner Wirtschaft als Industriestandort von zunehmender Bedeutung**. Weltweit steigen die Güterumschlagszahlen. Daher fordern wir die schnellstmögliche Fertigstellung der noch fehlenden Teilbereiche. Darüber hinaus muss ein Güterkonzept für die Berliner Häfen entwickelt werden.